

Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg, das steht auf dem Stimmzettel zur Reichspräsidentenwahl 1932. Mehr nicht. Die dürre Information ist dennoch vielsagend. Wer seine Kontrahenten in dieser Abstimmung waren und welche gesellschaftliche Position sie einnahmen, lässt auch ohne genauere Kenntnis der politischen Verhältnisse der damaligen Zeit den Zustand und die Klassenlage in der Spätphase der Weimarer Republik erkennen: »Paul von Hindenburg, Reichspräsident. Generalfeldmarschall, Berlin.« »Adolf Hitler. Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München.« Ein Jahr später besiegten der General und der Gefeierte per Händedruck das terroristische und kriegerische Bündnis von Militär, Monopolkapital und faschistischer Massenpartei. Da saß der Transportarbeiter bereits seit einigen Wochen hinter Kerkermauern, die er lebend nicht mehr verlassen sollte. Thälmann wurde im August 1944, nach über elf Jahren Einzelhaft, von den Nazis im KZ Buchenwald erschossen. Der *Völkische Beobachter* verbreitete die Lüge, er sei »bei einem Terrorangriff auf die Umgebung von Weimar« ums Leben gekommen.

Der ungelerte Arbeiter, geboren am 16. April 1889, war ein geschwiegenes Mitglied einer gesellschaftlichen Ordnung, deren Leitmaxime Ausbeutung und Gewinn heißen und die dafür täglich über Leichen geht. Ohne theoretische Ausbildung brachte es der Autodidakt Thälmann 1925 an die Spitze der Kommunistischen Partei. Unter seiner Führung entwickelte sie sich zu einer Massenorganisation, die als einzige die kapitalistischen Verhältnisse der Weimarer Republik ernsthaft in Frage stellte – die SPD hatte da mit ihnen schon längst ihren Frieden gemacht.

Die beiden Arbeiterparteien waren einander spinnefeind. Wie sehr, zeigen die Reichspräsidentenwahlen von 1932. Um den Faschisten zu verhindern, riefen die Sozialdemokraten zur Wahl des Monarchisten auf. Die KPD hielt dem warnend entgegen: »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt Krieg.« Sie sollte recht behalten.

Thälmann wahrte auch als Parteivorsitzender in Berlin stets Kontakt zu seiner Heimatstadt und zu den dortigen Proleten. Als Zehnjähriger hatte er den erbittert geführten Hamburger Hafenerbeiterstreik von November 1896 bis Februar 1897 erlebt. Seiner Tochter schrieb er rückschauend aus dem Gefängnis, »dass »der große Hafenerbeiterstreik in Hamburg vor dem Kriege, [...] der erste sozialpolitische Kampf« gewesen sei, »der sich für immer in [...] (sein Herz) eingeprißt habe.« 30 Jahre später verweigerten sich die Hamburger Hafenerbeiter erneut. Für Thälmann war dieser Ausstand ein Signal der Solidarität mit den englischen Bergarbeitern, die seit dem 1. Mai 1926 streikten. In Erinnerung an den Transportarbeiter und Kommunisten Ernst Thälmann dokumentiert die *JW*-Redaktion seinen Artikel »Die Lehren des Hamburger Streiks«. Unrührt wird dieser Text von drei kleinen Anekdoten über den KPD-Chef, die dem von Eberhard Czichon und Heinz Mahron verfassten »Thälmann-Report« entnommen sind. *JW* dankt dem Verlag Wiljo Heinen für die freundliche Genehmigung des Abdrucks. (*JW*)

Prügel für den Luxemburg-Mörder

Es war im Januar 1926, als der KPD bekannt wurde, dass in Berlin-Neukölln einer der Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in der Gelbgefärbte Weichrod & Friedrich arbeitete. Ernst Thälmann sprach mit dem Leiter der 14. Abteilung (Neukölln-Bezirk) des Rotfrontkämpferbundes (RFB), Fritz Lange, und vereinbarte mit ihm, Otto Runge (der unter dem Namen »Rabold« arbeitete) öffentlich zu züchtigen. Thälmann betonte in diesem Gespräch, dass die KPD und auch der RFB zwar keine Anhänger des individuellen Terrorismus seien, dass es aber nicht schaden könnte, zum Auftakt der Demonstration der Berliner Arbeiter zum Gedenken an die ermordeten KPD-Führer einen der Mörder einen demonstrativen Pfandzettel zu erteilen. Es dürfte aber auf keinen Fall zu einem Totschlag kommen, und die ganze Aktion müsse illegal ablaufen.

Der Plan sah vor, Runge vor dem Fabrikort abzufangen und ihn ordentlich zu verprügeln. Zu dieser Zeit hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, ein beschränktes Demonstrationsverbot erlassen, das heißt, ohne eine polizeiliche Anmeldung durften keine öffentlichen Kundgebungen stattfinden. Dieses Verbot ausstuf-

zend, wurde die 6. Abteilung des RFB (Berlin-Kreuzberg) mobilisiert. Sie marschierte in einer Nebenstraße mit Pauken und Trompeten in voller Uniform und mit flatternden Fahnen auf und lenkte die Schutzpolizei von Kreuzberg und Neukölln auf diesen »ungeheuren Verstoß« gegen Zörgiebels Demonstrationsverbot.

Die RFB-Genossen der Abteilung 14 verteilten sich inzwischen in Zivil unauffällig am Kottbusser Damm und warteten auf das Signal, wenn Otto Runge-Rabold auftauchen würde, den Fritz Lang identifizieren musste. Das war eine heikle Angelegenheit, weil kein brauchbares Foto zur Hand war. Als nach Arbeitschluss der Gelbgefärbter der Strom der Arbeiter abgeflaut war und alle Beteiligten bereits nervös fragten, wo der Gesuchte geblieben sei, kam plötzlich ein einsamer Nachzügler mit einem hochgeschlagenen Mantelkragen und einer schäbigen Akteuse. Lange ging auf ihn zu und fragte ihn: »Heißt du Runge?« Der Angesprochene zuckte zusammen und erwiderte: »Nee, ich heiße Rabold.« Jetzt gab Fritz Lange ihm eine ordentliche Ohrfeige. Das war das vereinbarte Signal für die RFB-Kameraden, die ihn mit kräftigen Fäusten tüchtig verprügelten. Mit Mühe konnte sich der Mörder Rosa Luxemburgs in einen nahen Konfliktengelände, weil kein brauchbares Foto zur Hand nicht richtig wurde. Als der Überfallvollzug kam, waren die »Tafelbergler« in alle möglichen Seitenstraßen entwichen. Runge wurde ins Urban-Krankenhaus eingeliefert, doch dort hatten KPD-Mitglieder bereits verlaufen lassen, wer Rabold eigentlich sei. Es kam unter Patienten und Angestellten, Schwestern und Pflegern, zu heftigen Reaktionen: Sie wollten nicht mit einem Mörder unter einem Dach leben. Rabold musste in ein Krankenhaus nach Berlin-Charlottenburg verlegt werden.

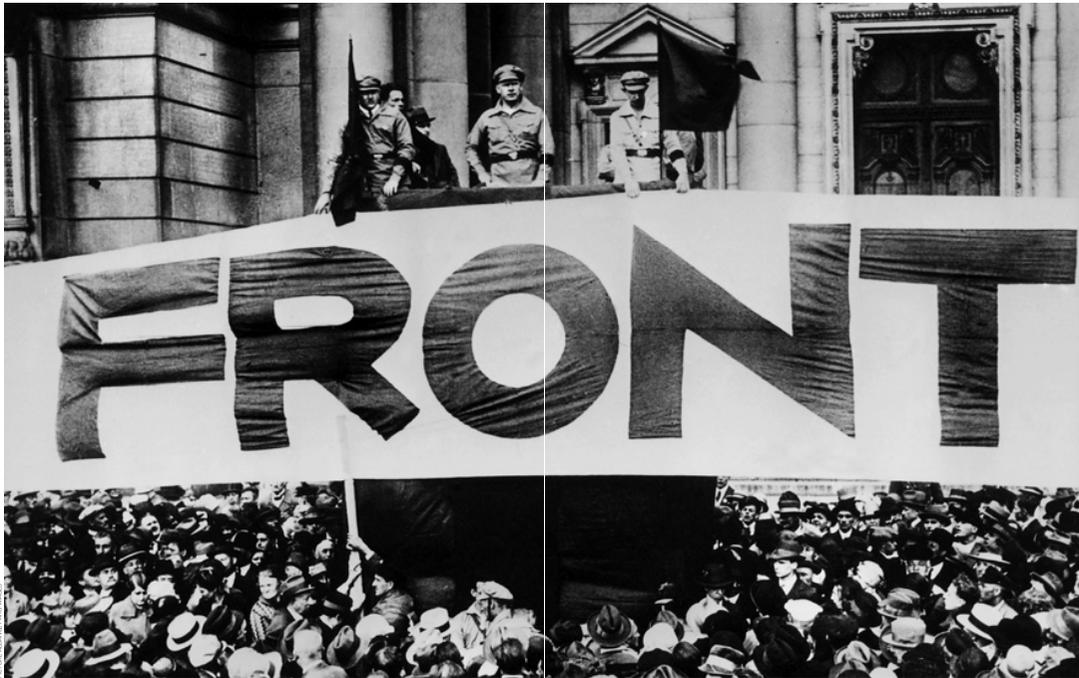
Wenige Wochen später sprach ein Schupo des zuständigen Polizeireviere Fritz Lange an: »Denkste denn, wir wissen nicht, wer den Runge verdrängen hat?« Als Lange sich als »wichtig unbestimmt« ausging, erzählte der Polizist, dass die Politische Polizei schon im Revier aufgetaucht war und meinte: »Kannst aber ganz ruhig sein, wir haben jedenfalls nicht verraten. Im übrigen habt ihr es gut gemacht, und der Kerl hat es auch gar nicht anders verdient.« Es war ein Sozialdemokrat.

Agitation auf dem Land

Die Kommunistische Partei gewann in den industriellen Ballungszentren an Einfluss, wie die Mitgliederzahlen und auch die Wahlergebnisse auswiesen. So hoch dieser Erfolg auch zu bewerten war, so düsterten diese Gewinne nicht darüber hinweg, wie gering der Einfluss der KPD auf dem Lande war. Das war schon beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung deutlich geworden.

Im Zentralkomitee der KPD gab es eine Abteilung Land, die verantwortlich für die Agitation unter den Landarbeitern, Tagelöhnern, Knechten und Kleinbauern war und die eine politische Massenarbeit auf dem Lande entfalten sollte. Lange Jahre leitete die Abteilung der Landtagsabgeordnete Heinrich Rau. Im Rahmen einer von der Abteilung organisierten Kampagne fuhr auch Ernst Thälmann auf ein Dorf bei Großbreesen (bei Zossen), um in eine Versammlung von Landarbeitern zu sprechen. Vor der angesetzten Versammlung teilte Thälmann mit seinen Begleitern im Wirtshaus des Ortes und unterhielt sich mit den Gästen. Der Gutsbesitzer war informiert worden, dass kommunistische Agitatoren im Dorf waren, und erschien in einer Reitpeitsche im Dorfkern. Ein Zeitzeuge berichtet: »Er fauchte Thälmann an: Wer sind Sie, und was suchen Sie hier? Thälmann erwiderte ruhig: Wer gibt Ihnen das Recht, wissen zu sich, wer ich bin? Es wäre doch angebracht gewesen, erst einmal zu grüßen, wenn man eine Gaststätte betritt. Der Zurechtgewiesene verlor die Fassung. Hochrot und zitternd vor Wut schrie er Thälmann ins Gesicht: Was erlaube der Landarbeiter den Ausgang. Der Gutsbesitzer sah, wer ich bin? Ich bin der Gutsbesitzer und Gemeinderat. Hier hat sich niemand aufzuhalten ohne meine Zustimmung! Merken Sie sich das!«

Thälmann lüchelte, erfasste das Reitergeicht, mit dem der Gutsbesitzer herumschleuderte, schleuderte sie in eine Ecke der Gaststube und erwiderte: »Hier scheint es noch üblich zu sein. Reitergeicht gegen Landarbeiter zu erheben, aber einen Gast aus Berlin damit zu bedrohen, ist nun doch zu stark.« Der Gutsbesitzer forderte in seiner Wut, diesen frechen Lümmel hinauszuwerfen, doch der Wirt kam dieser Aufforderung nicht nach. Als durch das Geschrei des Gutsbesitzers sein Verwalter erschien



Unversöhnlich gegen die Kapitalisten der Weimarer Republik. Ernst Thälmann spricht 1928 in seiner Funktion als Vorsitzender des Roten Frontkämpferbundes im Berliner Lustgarten

Proletarier, Kommunist, Staatsfeind

Vor 130 Jahren wurde Ernst Thälmann geboren. Der Transportarbeiter aus Hamburg stand an der Spitze der KPD, bevor er von den Faschisten eingekerkert und nach elf Jahren Einzelhaft ermordet wurde

und den Befehl des Herrn ausführen wollte, bekam er einen Faustschlag eines Begleiters Thälmanns, ging zu Boden und suchte unter dem Geächtele der Landarbeiter den Ausgang. Der Gutsbesitzer schrie: »Holt die Gendarmen!« und zu Thälmann gewandt: »Sie sind verhaftet, ich verhafte Sie.« Alle lachten, und die Gutsbesitzer schimpfend den Raum verließ. Einer der Landarbeiter sagte nachdenklich: Der wird seine Wut an uns auslassen. Da erschien der gesuchte Gendarm, gefolgt vom Gutsbesitzer, und erklärte Thälmann für verhaftet. Von Thälmann nach dem Grund für die Verhaftung befragt, argumentierte der Polizeistat: Besitzigung des Gutsbesitzers, Körperverletzung des Verwalters und Hausfriedensbruch. In der nun folgenden Diskussion kam dem Gendarm doch das die Idee, die Personalle des rentierten Fremden festzusch-

len. Als Thälmann ihm seinen Reichstagsausweis zeigte, fragte er treuerzig: Sie sind Thälmann, der Reichstagsabgeordnete? Gab den Ausweis zurück, verbeugte sich und verließ zusammen mit seinem Herren den Schankraum. Die Versammlung am späten Nachmittage war überfüllt. Der Gutsbesitzer war eingeladen worden, kam aber nicht. Doch in einem Brief an Thälmann entschuldigte er sich. Der Brief wurde als Flugblatt im Dorf verteilt.

Unter Proleten

Ein Hamburger Begleiter Thälmanns schreibt: »Hamburg hatte mehr als 120.000 Arbeitlose. Viele nutzten die freie Zeit, zur kargen Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützung noch eine Fisch-

mahlzeit zu erangeln. Herauszufinden, wie diese Menschen dachten, war für Thälmann besonders interessant. ... Da saßen sie nun mit ihrer Angel, genannt »Hungerpeitsche«. Thälmann suchte eine Stelle aus, wo sie relativ dicht beieinander waren, setzte sich ins Gras. Er begann, Zigaretten zu drehen, verteilte sie links und rechts. Fragte, wie die Fische beißen, stellte nach einigen Minuten die Frage nach dem Beruf, nach der Familie, wie lange schon gestempelt wurde. Allmählich taute der eine oder andere auf, kam auf die Lage zu sprechen. Thälmann war dann ein: »Jo, wie soll das bloß anders warn. Dat kann doch nich so wiedergeh'n.« Und schon bissen einige an und sagten ihre Meinung: »De Bonzen dor oben.« Diese Charakterisierung wurde von ihnen für die Regierung in Berlin und im Hamburger Rathaus immer wieder abfällig geäußert. Thälmann stellte dann vorsichtig Fragen, was sich da täte, wie die Chancen seien, was sich ändern müsste. Allmählich kamen sie in Fahrt und begannen zu erzählen, darzustellen, wie man die Dinge anpacken und ändern könnte. Wenn er die Menschen soweit hatte, machte er seinerseits Vorschläge, wies darauf hin, wo die Ursachen der Misere zu suchen sind. Aber immer noch anonym ... Dieses Spiel trieb er so eine Stunde lang. Immer mehr Angher und solche, die den Anghern zusammen, sammelten sich um die Gruppe, und die Diskussion pro und contra wurde immer heftiger ... Übrigens musste ich stets im Hintergrund bleiben und für Thälmann die wichtigsten Argumente aufschreiben.«

■ Anekdoten entnommen aus: Eberhard Czichon und Heinz Mahron: Thälmann. Ein Report, Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2010, Band 1, S. 328–333. Auch im *JW*-Shop erhältlich.

Die Lehren des Hamburger Streiks

»Das Unternehmerekapital kann sich rühmen, den »Machtstreit«, den es aus diesem großen Streik gemacht hatte, siegreich beendet zu haben. Es kann nunmehr seinen Triumphgesang ansimmen, vorausgesetzt, dass er ihn nicht in der Kehle stecken bleibt. Und in der Welt gewinnt es fast den Anschein, als ob er ihm in der Kehle steckenbleiben würde ...

Ein heldenmütiger Kampf, der ohne Schwanken und Wanken von der Arbeiterklasse in einer Weise durchgeführt wurde, wie ihn irgendeine andere Klasse der bürgerlichen Gesellschaft auch nicht entfernt durchführen könnte, ist an sich schon ein moralischer Erfolg von der höchsten Bedeutung, den nur eine sehr einseitig-schematische Auffassung moderner Klassenkämpfe verkennen könnte.«

Diese Sätze schrieb Franz Mehring in der *Neuen Zeit* nach dem Abbruch des großen historischen Hamburger Hafenerbeiterstreiks von 1896/1897. Sie gelten auch für den jetzigen Kampf. Der Hamburger Streik von 1926 war – um es mit einem kurzen Wort zu sagen – die erste größere Kampfprobe in Deutschland gegen die kapitalistische Rationalisierung. Seit den Streiks des Winters 1924, die nur die letzten Ausläufer der Oktoberereignisse und die Begleiterscheinungen der Marktsabstufung waren, ist zum ersten Male wieder ein erster Weltkrieg zwischen Arbeitermassen und Bourgeoisie ausgefochten worden. Man darf den Streik nicht nur nach der Tatsache messen, dass 18 000 Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftsführer fünf Tage lang gekämpft haben. Seine politische Bedeutung ist viel größer.

In dieser ersten Kampfprobe wurden von beiden Seiten neue Methoden angewandt. Die Unternehmer fühlten sich von vornherein zu schwach, um die Hafenerbeiter mit gewöhnlichen »demokratischen« Mitteln niederzuwerfen. Darum setzten sie schon im ersten Augenblick die stärkste Waffe ein, die ihnen zur Verfügung steht: Durch die schamlose Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers Brauns wurde die ganze Schwermacht des bürgerlichen Staatsapparats in die Waagschale geworfen. Andererseits stellten sich die sozialdemokratischen Führer des Deutschen Verkehersbundes und des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer mit einer Skrupellosigkeit ohnehin auf die Seite des Hafenkapitals. Während sie zu Beginn unter dem Druck der erbitterten Massen so tun mussten, als würden sie den Streik auch nach der Verbindlichkeitsklärung indirekt anerkennen und finanzieren, erklärten sie ihn sofort nach ihrem Ausspruch für »rechtswidrig«, verweigerten mit Hohlnächten jeden Pfennig Unterstützung, erlebten

täglich Aufrufe zur Wiederaufnahme der Arbeit und begingen den Schandstreich, im sozialdemokratischen *Hamburger Echo*, mitten im vollsten Kampf, ein bezahltes Inserat des Unternehmervereins für die Wiederaufnahme der Arbeit abzu- drucken. So stand den Arbeitern von Beginn an ein geschlossener Dreibund von Regierung, Kapitalisten und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern gegenüber.

Auch die kämpfende Arbeiterschaft und die Kommunistische Partei wandten im Verlauf der Bewegung neue Methoden an. Zuhilfenahme der bewussten Kampfdisziplin, hohes Klassenbewusstsein – das waren die Merkmale dieses Streiks. So konnten die Hafenerbeiter unter Ausnutzung der für sie objektiv sehr günstigen Situation, vertreiben und verlassen von den Reformisten, fünf Tage lang ausharren und allein dadurch den Feinden die schwersten Schäden zufügen. Die Hafengezwungen verloren Millionen und Abermillionen an Profiten durch die Lahmlegung des gesamten Hafenerbetriebs, durch die Unterbrechung des englischen Kohlegeschäfts, durch die UmLenkung zahlreicher Dampfer der internationalen Schifffahrtsgesellschaften in ausländische Häfen.

Die Kommunistische Partei wandte im Streik die Einheitsfronttaktik im besten Sinne des Wortes an als Methode der revolutionären Agitation und Mobilisierung der Massen. Es kam ihr dabei zugute, dass unsere Hamburger Mitgliedschaft sich (...) mit überwältigender Mehrheit hinter die Parteilinie gestellt und alle antilohncarawistischen Strömungen zur völligen Einflusslosigkeit verurteilt hatte. Daher besaß die Organisation im Moment des Kampfes volle Schlagkraft. Die Handlungen der Partei gingen davon aus, ein Höchstmaß an Kampfkraft der Massen gegen Unternehmer, Regierung und die sabotierenden Gewerkschaftsführer zu entfalten und zugleich den Massen ein Höchstmaß an Vertrauen in die Kommunistische Partei einzufloßen. Der Streik war ein »sozialistische Macho«, dem selbst die beste kommunistische Partei kein Streik aus der Luft hervorzubringen, wenn die Arbeiterschaft ihn nicht will. Dagegen befand sich die politische und geistige Führung des Kampfes ohne Zweifel vollkommen in den Händen der Kommunisten. Schon vor vier Monaten hatte die Partei durch ihre Tarifkündigungskampagne die Hafenerbeiter eindringlich zum Widerstand aufgefordert. Nicht durch agitatorische Phrasen und radikale Thesen, sondern in der wirklichen Aktion gewannen die Massen während des Streiks die Überzeugung, dass die Kommunistische Partei die einzige Führerin des proletarischen Kampfes ist.

Die Partei wies sofort auf den politischen Inhalt des Kampfes hin. Nicht nur ein zwanzigprozentige Lohnerhöhung, achtstündigen Arbeitstag und fünf-tägigen Garantelohn – die Existenzforderungen der Hafenerbeiter – ging der Streik, sondern er richtete sich vor allem gegen den von der Regierung und den Unternehmern seit langem geplanten Raub des Streiks und Koalitionsrechts der ganzen Arbeiterklasse.

Das begriffen die Hafenerbeiter, und deshalb verbanden sie ihre Existenzforderungen mit den Losungen des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Regierung. So entstand unter dem bewussten Einfluss der Kommunisten im Hamburger Streik jene einzigartige Verbindung von politischen und wirtschaftlichen Forderungen, die das Kennzeichen der in nächster Zukunft einsetzenden Massenkämpfe gegen die kapitalistische Rationalisierung in ganz Deutschland sein wird. Die Kommunisten zerstörten den Keim jeder Illusion über die Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokratie. Sie gabelten rücksichtslos den schamhäftigen Verlauf der Verhandlungsführer, die schmutzige Streikbrecherrolle ihres sozialdemokratischen Blattes, und sie kritisierten täglich mit ganzer Schärfe die schwankende, zum Schluss die offen streikfeindliche Haltung der Sozialdemokraten bestehenden Dreieinmelmehr der Streikleitung.

Als der Streik unter dem Dolchstoß der Reformisten abgebrochen wurde, verhiinderten die Kommunisten den drohenden Massenaustritt aus den Gewerkschaften und riefen zur Fortsetzung des Kampfes in den Betrieben auf. Während der ganzen Aktion mobilisierte die Partei das gesamte Proletariat in Hamburg und in ganz Deutschland zur Solidarität und propagierte die revolutionären Losungen des Sturzes der Reichsregierung, des Kampfes für die Arbeiter- und Bauernregierung. Selbstverständlich zeigten sich auch Mängel der Partei, besonders auf organisatorischem Gebiet und

in der Frage der Verbindung des Streiks mit einer gleichzeitigen Bewegung der übrigen noch im Betriebe befindlichen Arbeitergruppen. Diese Mängel erklären sich größtenteils aus der gesamten Schwäche unserer Gewerkschaftsarbeit, deren Bedeutung sich in diesem Streik überragend denn jemals zeigte.

Insgesamt lieferte die Haltung der Kommunisten den klaren Beweis, dass sie keinerlei »partei-politische« Ziele außerhalb des proletarischen Klassenkampfes haben, sondern dass umgekehrt gerade ihre strategischen und taktischen Parteilinie genau und ausschließlich den Interessen des proletarischen Klassenkampfes entsprechen.

Die Erfüllung der unmittelbaren Streiklosung wurde nicht errungen, aber Gang und Ergebnis des gesamten Streiks bedeuten einen unzweifelhaften Erfolg der Arbeiterschaft. Für sie gelten in vollem Umfang die eingangs erwähnten Worte von Franz Mehring. Der Streik bewies vor allem, dass die Arbeiterschaft instand ist, im heutigen Deutschland auch ohne und gegen die reformistischen Führer einen Kampf durchzuführen. Er zeigte seit langen Jahren zum ersten Male wieder den Durchbruch des Kampfwillens der proletarischen Massen gegen Unternehmerrückständigkeit und wirtschaftliches Elend. Die Reformisten vollführten durch ihren beispiellosen Verrat das schärfste Entlarvungsmanöver gegen sich selbst. Unter dem Druck dieser Tatsache entstehen innerhalb der Hamburger Sozialdemokratie die Spuren eines neuen Risses, der sich vertiefen muss. Die Hafenertrauensleute der SPD nahmen eine Resolution gegen ihr Parteiblatt an. Auf den während des Streiks stattfindenden Bezirksbänden der SPD entstand in allen Stadtteilen unter stürmischen Auseinandersetzungen eine erbitterte Arbeiteropposition. Dem scharfen Prestigeverlust der sozialdemokratischen Führer steht eine ebensolche Erhöhung des Ansehens der Kommunistischen Partei bei der Arbeiterschaft gegenüber.

Die wichtigsten Aufgaben, die sich aus dem Kampf ergeben, sind jetzt folgende:

1. Die Kommunistische Partei und die Arbeiterschaft müssen die Lehren aus dem Streik ziehen. Das durch die Kommunisten neu eroberte Vertrauen der Massen kann ebenso schnell wieder verlorengehen, wenn es nicht täglich durch harte Arbeit verewuzt wird.
2. Der Kampf gegen das sogenannte System behördlicher Schiedssprüche, gegen die schamlosen Verbindlichkeitsklärungen, gegen den ganzen Schlichtungsschwindel muss auf breiterster Front aufgenommen werden.
3. Nicht Flucht aus, sondern noch viel stärkere Arbeit in den Gewerkschaften, ihre Revolutionierung, die Ausschaltung der reformistischen Verreiber, der Masseneintritt der Unorganisierten in die freien Verbände ist notwendig.
4. Für die Hafenerbeiter selbst ist zwar der Streik, aber nicht der Kampf beendet. Die Unterstützung der Gemeinregulern muss mit breiter Initiative durchgeführt, ihre restlose Wiedereinstellung erzwingen werden. Der Kampf für die Existenzforderungen der Hafenerbeiter, für ihr Koalitionsrecht, für die Zurücknahme des Schiedsspruchs und der Verbindlichkeitsklärung muss überall mit größter Energie fortgesetzt werden.

- Aus der *Hamburger Volkszeitung* vom 8. Oktober 1926. Nachgedruckt in: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1955, S. 391-396
- 16. April, 15.00 Uhr: Antifaschistische Aktion. Erfahrungen für heute. Veranstaltung in und vor der Gedenkstätte Ernst Thälmann, Tarpenerstraße 66, 20251 Hamburg; 17. April 2016, 11.00 Uhr: 130 Jahre Ernst Thälmann. Für eine Welt ohne Hunger, Ausbeutung und Krieg. Polittbüro, Steindamm 45, 20099 Hamburg; 16. April, 12.00 Uhr Kundgebung am Ernst-Thälmann-Denkmal im Ernst-Thälmann-Park, Großsawolder Str., Berlin; 17. April 2016, 11.30 – 12.00 Uhr Kranzniederlegung in Ziegenhals vor dem Gelände der Geschädigten und zertrümmerten Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals (Seest. 27, Ziegenhals-Niederlehme)

■ Lesen Sie morgen auf den *JW*-Themaseiten: **Das Libanon-Sondertribunal und der Mord an Expremier Hariri**
Von Jürgen Cain Külbel